

Neuer Streit um die AHV

Bern. – Unter den Bundesratsparteien ist gestern Donnerstag ein Konflikt um die Zukunft der AHV entbrannt. FDP, CVP und SVP präsentierten an einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz finanzielle Perspektiven der AHV, welche zwei Sozialversicherungsexperten «erstmalig bis zum Jahr 2020» berechnet haben sollen.

Bis dann prognostizieren die beiden für die AHV-Kasse ein Loch von 60 Milliarden Franken. Sollte das Volk am 27. September das Frauenrentenalter bei 62 statt bei 64 Jahren ansetzen, so rechnen die Experten gar mit AHV-Schulden in der Höhe von 74 Milliarden.

Das Bundesamt für Sozialversicherung bezeichnete diese Zahlen als «Schnee von gestern». Sie seien seit Jahren bekannt und nie unter Verschluss gehalten worden. Für die SP und die Gewerkschaften sind die unterstellten demographischen und ökonomischen Annahmen «unbrauchbar». Das Ganze sei reine Angstmacherei im Hinblick auf die Abstimmung über die Rentenalter-Initiative. (is.)

«Horror-Szenarien»

Die SP und die Gewerkschaften weisen die von den bürgerlichen Parteien präsentierten Zahlen als «Voodoo-Perspektiven» zurück. Auch wenn sich diese eng an die Prognosen aus dem Departement von SP-Bundesrätin Ruth Dreifuss anlehnen.

«Jedes Mal, wenn bürgerliche Politiker einen sozialen Abbau planen, beginnt das Spiel mit der Verbreitung von Horror-Szenarien», rügte SP-Präsidentin Ursula Koch an einer eilig einberufenen Pressekonferenz. Aus der ihr eigenen Vogelperspektive holte sie zu einem längeren Exkurs über den deutschen Wahlkampf und den dortigen Arbeitsminister Norbert Blüm aus, um sich dann wieder der Schweizer Politik und der AHV-Problematik anzunähern.

Die konkrete Kritik an den Zahlen übernahm Gewerkschaftsbund-Sekretär Serge Gaillard: «Die ökonomi-

schen und demographischen Annahmen der Verwaltung und der Experten sind unbrauchbar», wettete er. Damit werde nur die Angst geschürt, um das Rentenalter erhöhen zu können.

Weniger streng zeigte sich SP-Nationalrat Rudolf Strahm. Er bezeichnete die unterstellten Wirtschaftsannahmen zwar als sehr pessimistisch, erachtete die Zahlen aber als brauchbare Ausgangslage. Selbst bei diesen Szenarien, so Strahm, seien bis ins Jahr 2025 «höchstens sechs zusätzliche AHV-Mehrwertsteuerprozente» nötig. Hinzu komme die bereits beschlossene Erhöhung um ein Prozent. Neben der Mehrwertsteuer gebe es aber auch genügend andere Finanzierungsmöglichkeiten: etwa eine bessere Bewirtschaftung des Nationalbank-Vermögens oder eine Energiesteuer. (is.)

Terminungerecht schockiert

Rechtzeitig auf die Abstimmung vom 27. September zeigen sich FDP, CVP und SVP «schockiert» über «neue Zahlen» zur Zukunft der AHV. Bloss: So neu sind die Zahlen nicht.

Von Iwan Städler, Bern

Man habe die Medien kurzfristig zu einer Pressekonferenz eingeladen, um keine Indiskretion zu riskieren, erklärte FDP-Generalsekretär Johannes Matyassy. Was er und die beiden Sozialversicherungsexperten Martin Wechsler und Marcel Savioz den Medien präsentierten, hatte allerdings kaum Potential für einen Presse-coup. Daran vermag auch die reisserisch abgefasste Pressemitteilung nichts zu ändern.

«Eine Lücke von 100 Milliarden»

«Sozialversicherungsexperten» hätten die finanziellen Perspektiven der AHV «erstmalig bis zum Jahr 2020 berechnet», verkündet das Papier im ersten Satz. Und unmittelbar danach folgt bereits der Schock: «Die Finanzierungslücke wird dann über 100 Milliarden Franken betragen.»

Unterstützt wird die Aussage von zwei Tabellen, welche die geschätzten Einnahmen und Ausgaben der AHV gegenüberstellen. Sie zeigen: Falls die Regeln des Sozialwerks nicht mehr verändert werden, ist die AHV im Jahr 2020 mit 60 Milliarden Franken verschuldet. Falls das Volk für das Frauenrentenalter 62 stimmt, klafft gar ein Loch von 74 Milliarden. Zusammen mit einer Jahresausgabe von dannzumal 40 Milliarden, welche der AHV-Fonds umfassen sollte, ergibt sich die besagte «Finanzierungslücke» von 100 Milliarden Franken.

Bereits berücksichtigt haben die Experten bei ihren Berechnungen das zusätzliche Mehrwertsteuerprozent, das ab dem nächsten Jahr erhoben wird. Nicht miteinbezogen haben sie jedoch die bundesrätlichen Pläne, im Rahmen der 11. AHV-Revision weitere 1,5 Mehrwertsteuerprozent zu erheben.

«Die Zeche bezahlen die Kinder»

Diese Pläne seien «unakzeptabel», erklärte CVP-Nationalrat Anton Cottier. Für ihn seien die Zahlen «alarmierend». Schliesslich würden «unsere Kinder die Zeche bezahlen müssen». Und Matyassy meinte, er wisse jetzt, warum die Verwaltung ihre Berechnungen im Jahr 2010 abbreche. Auch der Internationale Währungsfonds und die OECD hätten die fehlenden Langfristprognosen der Schweiz bemängelt. «Einen solchen Blindflug können wir uns nicht leisten», findet die SVP-Nationalrätin Brigitta Gadiant. Angesichts der Unsicherheit habe die Bevölkerung bloss noch mehr Angst.

«Nicht grundlegend neu»

Was die Politikerin und ihre Kollegen offenbar nicht wussten: Im vor zwei Jahren veröffentlichten Bericht einer interdepartementalen Arbeitsgruppe (IDA-FiSo I) sind die Entwicklungsperspektiven der AHV bis ins Jahr 2025 publiziert. Experte Wechsler musste denn auch gestehen, dass seine Zahlen «nicht grundlegend neu» sind. Lediglich einige Annahmen habe man verändert. Dementsprechend gering sind auch die Abweichungen zum Bericht der eidgenössischen Verwaltung.

Johannes Matyassy wollte dennoch nichts vom Vorwurf wissen, im Hinblick auf die Rentenalterabstimmung etwas Polemik zu betreiben. Im zweiten IDA-FiSo-Bericht sowie in der bundesrätlichen Botschaft zum zusätzlichen Mehrwertsteuerprozent sei die Zukunft der AHV ab dem Jahr 2010, respektive ab 2005 ausgeblendet worden. Im übrigen seien die Zahlen noch längst nicht in den Köpfen. Insofern seien sie neu.

Mit Polemik vor der Abstimmung habe das nichts zu tun, sagt FDP-Generalsekretär Matyassy.